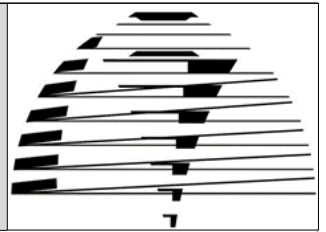




Bundestag direkt

Mathias Stein – für Kiel, Altenholz und Kronshagen im Deutschen Bundestag
Juli 2018 2/18



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die letzte offizielle Sitzung des Bundestages vor der Sommerpause ist gerade beendet. Hinter mir liegen intensive Arbeitswochen in Berlin und im Wahlkreis. In der öffentlichen Wahrnehmung spielte der Streit zwischen CSU und CDU politisch die Hauptrolle. Ich habe nicht damit gerechnet, dass die CSU so unverantwortlich ist, damit eine echte Regierungskrise zu verursachen. Statt seiner Verantwortung als Bundesinnenminister in den Fragen der inneren Sicherheit und auch der Flüchtlingspolitik nachzukommen, servierte Horst Seehofer halb fertige Vorschläge. Genützt hat diese überhitzte Diskussion allein den Rechtspopulisten.

Der Koalitionsausschuss hat sich nun auf eine gute Lösung verständigt: Von Horst Seehofers Plänen ist kaum noch etwas übrig geblieben. In wesentlichen Punkten hat sich die SPD durchgesetzt. Wir setzen weiter auf eine europäische Lösung, es wird keine nationalen Alleingänge und keine geschlossenen Flüchtlingslager an den Grenzen geben und noch in diesem Jahr legt der Bundesinnenminister einen Entwurf zum Einwanderungsgesetz vor.

Leider bekamen andere politische Maßnahmen und Herausforderungen nicht die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit, z.B. die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2018. Dabei konnten wir einige sozialdemokratische Kernanliegen umsetzen. So haben wir den rabiaten Personalabbau im öffentlichen Dienst des Bundes nicht nur gestoppt, sondern mit 13.000 neuen Stellen im Sinne eines handlungsfähigen Staat ausgebaut. Besonders freute mich, dass im Bereich der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung 100 zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Damit haben wir die Chance, den Sanierungstau im Bereich der Wasserstraßen aufzulösen.

In der Sommerpause freue ich mich auf spannende Termine im Wahlkreis. So werde ich ein kurzes Praktikum beim Abfallwirtschaftsbetrieb machen und das Jugenddorfwerk Falckenstein besuchen. Außerdem steht die Vorbereitung auf den Marathon in Berlin am 16. September an. Kielerinnen und Kieler, die den Marathon ebenfalls mitlaufen, können sich gern bei mir melden: Ich organisiere dann eine Führung im Reichstagsgebäude am dem Wochenende.

Ich wünsche Euch einen schönen Sommer, erholt Euch gut!

Herzliche Grüße

Was ist los in Berlin?

Diskussion in Kiel

Horst Seehofer setzt die Koalition aufs Spiel um eine Wahl in Bayern zu gewinnen. Angela Merkel zeigt keine Führungsstärke. Wieder einmal ist in der Regierung nur auf die SPD Verlass. Die ständigen Neuausrichtungen in der CSU haben für Überraschung gesorgt, bei der SPD-Fraktion, aber auch bei vielen Menschen im ganzen Land. Der SPD-Abgeordnete Mathias Stein lädt daher am Donnerstag, 12. Juli um 19:30 Uhr ein zur Diskussionsrunde „Überhitzung vor dem Sommerloch – Was ist los in Berlin?“ im Walter-Damm-Haus (Kleiner Kuhberg 28-30). Mathias Stein wird von den Vorgängen in Berlin berichten, vor allem aber ist er gespannt auf die Eindrücke und Meinungen der Menschen im Wahlkreis.

Natürlich gibt es genug andere Dinge zu besprechen. Mathias Stein bietet daher am gleichen Tag mittags die Möglichkeit, Anliegen, Fragen und Probleme im persönlichen Gespräch zu klären. Am 12. Juli von 13 bis 15 Uhr lädt er zur Bürgersprechstunde im Bürgerbüro Dock 1863 in Kiel-Gaarden ein. Für die Sprechstunde bitten wir um Anmeldung im Bürgerbüro.

Impressum

Angaben gemäß § 5 TMG und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV:

Mathias Stein, MdB
Medusastraße 16
24143 Kiel
Tel. (0431) 70542410
E-Mail: mathias.stein.wk@bundestag.de

Verabschiedete Gesetze der schwarz-roten Koalition

Gesetz zur Änderung eines Dreizehnten Gesetzes des Atomgesetzes: Die Gesetzesänderung sieht für die Stromkonzerne eine Entschädigung in Höhe von rund einer Milliarde Euro vor; die Entschädigung steht den Konzernen wegen der zurückgenommenen Laufzeitverlängerung der schwarz-gelben Bundesregierung zu

Gesetz zur Vereinheitlichung finanzmarktrechtlicher Vorschriften im europäischen Binnenmarkt: Mit der Anpassung soll der Aufwand für die Erstellung von Prospekten im Wertpapierhandel EU-weit einheitlich gesenkt und der Schutz von Anlegern verbessert werden

Änderung des Parteiengesetzes: Die Obergrenze für die jährlichen staatlichen Zuschüsse an Parteien wird ab 2019 von 165 Millionen auf 190 Millionen angehoben; Parteien sollen sich damit besser auf das digitale Kommunikationsverhalten einstellen können

Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte: Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte: Die Neuregelung ermöglicht den Nachzug von bis zu 1.000 Menschen pro Monat, nachziehen dürfen Ehepartnern und minderjährige Kinder sowie Eltern, deren minderjährige Kinder bereits in Deutschland leben

Gesetz Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage: In Zukunft können Verbraucherverbände für Verbraucherinnen und Verbraucher klagen und es muss nicht mehr jeder einzelne Verbraucher sein Recht gegen die Rechtsabteilungen großer Konzerne erstreiten

Gesetz zur Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung einer Zivilprozessordnung: Verlängerung einer Übergangsregelung zu der sogenannten Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof

Haushalt mit sozialdemokratischer Handschrift

Als Deutscher Bundestag haben wir am 5. Juli die vorläufige Haushaltsführung für das laufende Jahr beendet und den Bundeshaushalt 2018 verabschiedet. Normalerweise wird der Bundeshaushalt jeweils im November für das kommende Jahr beschlossen. Durch die Bundestagswahl und die gescheiterten Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU, Grünen und FDP haben wir dieses Mal viel wertvolle Zeit verloren. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat nun in kurzer Zeit einen guten Regierungsentwurf für den Haushalt vorgelegt, den wir Parlamentarier noch weiter verbessert haben.

Das Ergebnis ist ein Haushalt mit klar sozialdemokratischer Handschrift: Wir investieren wie nie zuvor. Wir schaffen mehr als 13.000 neue Stellen und schränken die bisherige Befristungspolitik in Bundesbehörden ein. Wir haben es trotz neuer Aufgaben und Ausgaben geschafft, erneut einen Haushalt ohne Schulden auszuarbeiten.

Insbesondere bei Themen, die wir als SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben, investieren wir mit diesem Haushalt kräftig. Während der konservative Koalitionspartner über Grenzschließungen und -kontrollen diskutiert, sorgt die SPD für einen handlungsfähigen Staat. Dass wir mit dem Bundeshaushalt 2018 über 3.000 Stellen

bei der Bundespolizei, 525 beim Bundeskriminalamt, 1.400 bei der Zollverwaltung und 1.650 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schaffen, wird Asylverfahren und Kontrollen beschleunigen. Auch 2016 und 2017 hatten diese Behörden mehr Stellen erhalten, weil sie personell unterbesetzt waren – ein Ergebnis der gescheiterten Politik der zuständigen Innenminister, die seit 2005 aus den Reihen von CDU und CSU kommen.

Damit die Menschen den Schutz ihrer Gesundheit nicht einklagen müssen, setzen wir jetzt die Vorschläge um, die unsere damalige Umweltministerin Barbara Hendricks schon 2017 gemacht hat: In fünf Städten werden wir in Modellvorhaben den ÖPNV günstiger machen, damit mehr Menschen diese klimafreundliche Alternative für ihren Weg zur Arbeit wählen. Für das Förderprogramm „Saubere Luft“ stellen wir 100 Millionen Euro bereit.

In den nächsten Jahren werden wir weitere sozialdemokratische Kernanliegen umsetzen, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind: u.a. mehr Geld für Ganztagsbetreuung, die Kindergeld-Erhöhung, die Eingliederung Langzeitarbeitsloser und den sozialen Wohnungsbau. Im September beginnen die parlamentarischen Beratungen für den Bundeshaushalt 2019. (MS)



Für sozialdemokratische Inhalte gekämpft: Parlamentarische Staatssekretärin Bettina Hagedorn mit den Haushaltspolitikern der SPD nach der Bereinigungssitzung am 28.06.

Mehr Personal, mehr Investitionen, mehr Klimafreundlichkeit

Als Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages liegt mein Fokus beim Bundeshaushalt natürlich auf dem Etat des Verkehrsministeriums. Als zuständiger Berichterstatter setze ich mich seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag für mehr Personal bei der WSV ein. Denn unsere Bundeswasserstraßen sind in einem besorgniserregenden Zustand und für die notwendigen Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen fehlt seit langem das Personal. Mit dem Haushalt 2018 schaffen wir hierfür über 100 neue Stellen, 78,5 davon direkt in der WSV. Das ist für mich auch ein persönlicher Erfolg. Was mir dabei besonders wichtig ist: Die Stellen sollen dort besetzt werden, wo sie wirklich nötig sind: bei den Ämtern vor Ort und nicht etwa bei der Generaldirektion in Bonn.

Das erfolgreiche Förderprogramm Innovative Hafentechnologien erhält 22 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen, damit auch über das Jahr 2020 hinaus Projekte zu Themenbereichen wie Umwelt, Sicherheit, Transport und Logistik und Digitalisierung gefördert werden können.

Auch die alternativen Antriebe und die Elektromobilität fallen in meine Zu-



ständigkeit, und auch hier bewegen wir mit dem Haushalt 2018 einiges: Die Seeschifffahrt mit Kreuzfahrern und großen Güterschiffen aber auch die Binnenschifffahrt haben einen nachweisbaren Anteil an der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in großen Hafenstädten wie Hamburg. Deswegen wollen wir die umweltfreundliche bordseitige und mobile Landstromversorgung 2018 erstmals mit fünf Millionen Euro fördern. Im Bereich alternativen Antriebe wollen wir aber technolo-

gieoffen bleiben, deswegen stärken wir nicht einseitig die Elektromobilität sondern bekennen uns mit weiteren zehn Millionen Euro für das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie auch zu Wasserstoff und Brennstoffzelle.

95 Millionen Euro stellen wir im Rahmen des Programms „Saubere Luft“ für fünf Modellstädte bereit, die vergünstigten ÖPNV als Alternative zum Pkw anbieten sollen. Diese Modellvorhaben werden wir auch wissenschaftlich begleiten und evaluieren.

Damit mehr Güterverkehr von der Straße auf die deutlich klimafreundlichere und emissionsärmere Schiene kommt, stellen wir 2018 175 Millionen Euro bereit, um die sogenannten Trassenpreise – eine Art Schienenmaut – zu senken. Ab 2019 werden es sogar 350 Millionen Euro sein.

Insgesamt setzen wir damit im Verkehr die richtigen Akzente: Investitionen die Infrastruktur ebenso wie in Zukunftsthemen, mehr Personal und ein besonderer Schwerpunkt auf der Förderung von klimafreundlichen, emissionsarmen Konzepten. (MS)

Datenschutz im MdB-Büro

Seit dem 25. Mai 2018 sind alle Unternehmen und Institutionen in Deutschland dazu verpflichtet, die Regelungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung zu befolgen. Bürgerinnen und Bürger haben u.a. mehr Rechte zur Information und zur Löschung ihrer Daten.

Auch in meinen Abgeordnetenbüros in Kiel und Berlin sind wir von der Reform des europäischen Datenschutzrechts betroffen. In erster Linie geht es dabei um die Informationsrechte: So

informieren wir die Bürgerinnen und Bürger, die schriftlich per E-Mail mit uns verkehren, darüber, dass wir Ihre Schreiben an Referenten der Fraktion weiterleiten, wenn es für die Bearbeitung des Anliegens notwendig und mithin im Interesse des Absenders ist. Ein Einspruch dagegen ist jederzeit möglich. Darüber hinaus speichern wir den Schriftverkehr für die Dauer meiner Mandatstätigkeit. Eine Lösung sämtlicher Daten ist auf Wunsch natürlich jederzeit möglich. (MS)

LKW-Abbiegeassistenten zum Schutz für Radfahrer

Jeder Verkehrstote ist einer zu viel und damit künftig Radfahrer im Straßenverkehr weniger in Lebensgefahr sind, hat die schwarz-rote Koalition zusammen mit der Fraktion der Grünen im Juni einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung zum Handeln auffordert — speziell beim Thema Abbiegeassistenzsysteme für LKW. Pläne der EU-Kommission sehen derzeit vor, die Ausstattung von neuen LKW mit derartigen Systemen ab dem Jahr 2022 zur Pflicht zu machen. Deutlich zu spät, finden die drei Fraktionen. Sie fordern, dass Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nationale Regelungen prüfen und umsetzen soll, wenn eine europäische Lösung nicht sehr schnell vereinbart werden kann.

Dieser Meinung waren auch zahlreiche Vertreter von Verbänden, Unternehmen und Institutionen, die am 28. Juni an dem Fachgespräch teilgenommen haben, zu dem die SPD-Verkehrspolitiker Kirsten Lühmann, Udo Schiefner und Mathias Stein gemeinsam eingeladen hatten. Unterschiedlicher Meinung waren die Experten aus der Praxis hingegen in der Frage, ab welchem Gewicht die Einbaupflicht für die neuen Sicherheitssysteme

gelten soll. Während die einen der Ansicht waren, dass kleinere Nutzfahrzeuge unter 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht eher selten in Abbiegeunfälle verwickelt sind, gaben andere zu bedenken, dass es auf das zulässige Gesamtgewicht in dieser Frage gar nicht ankäme. Entscheidend sei vielmehr, wie hoch die Sitzposition des Fahrers im Fahrzeug verortet ist. Bei einigen Nutzfahrzeugen unter 7,5 Tonnen sei sie ähnlich hoch wie bei einem LKW über 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht.

Für eine mögliche nationale Gesetzgebung jedenfalls konnten die SPD-Verkehrspolitiker wertvolle Hintergrundinformationen mitnehmen. Was nicht zuletzt an der Live-Präsentation der Assistenzsysteme lag. Die Unternehmen Edeka und Daimler zeigten ihre unterschiedlichen Ansätze und auch die Berliner Stadtreinigung war mit zwei Fahrzeugen vor Ort.

„Wir sollten in Deutschland keine Zeit verlieren und die Ausstattung schnellstmöglich zur Pflicht machen. Wer seinen LKW schon vorher nachrüstet, kann dafür sogar Fördermittel aus dem Programm De-minimis bekommen“, sagt Mathias Stein.

Radfahren im Sommer

Fahrradtouren sind eine meiner großen Leidenschaften. Daher freue ich mich sehr, dass es ein paar fahrradbegeisterte Kieler Genossen gibt, die mit mir den weiten Weg nach Berlin zurücklegen werden. Am 14. Juli geht es los auf große Tour, für mich mit einem Bambusfahrrad, das ich von „my Boo“ ausleihen darf. Auf dem Weg warten ein paar spannende politische Stationen auf uns, am 21. Juli werden wir in Berlin ankommen. Auf meiner Homepage, bei Facebook und im nächsten Infobrief können die Stationen der Radtour nachverfolgt werden.

Mit einer Fahrradtour beginne ich die Sommerpause, mit einer Radtour möchte ich sie auch beenden. Ich lade herzlich zu einer „Sommerabschluss-Tour“ am 2. September durch den Kreis Plön ein, den ich als Bundestagsabgeordneter betreue. Wir starten in Kiel und werden im Kreis Plön gemeinsam grillen. Alle Kieler und Plöner Genossinnen und Genossen können sich diesen Termin schon einmal rot (!) im Kalender anstreichen. Die Planungen laufen, weitere Informationen und eine offizielle Einladung folgen rechtzeitig. (MS)



Mathias Stein lässt sich den Abbiegeassistenten erläutern, den die Daimler AG für Neufahrzeuge anbietet Foto: Nadine Brockmann



Mathias Stein im Gespräch mit dem Daimler-Sicherheitsexperten Dieter Schoch, umringt von Fachjournalisten Foto: Nadine Brockmann

WSV und Wasserstraßen zukunftsfähig machen – eine Langzeitaufgabe!

Wir machen Schifffahrt möglich – das ist der Leitsatz der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung. Weil in den vergangenen Jahrzehnten viel Personal eingespart und zu wenig Geld investiert wurde, kann die WSV dieser Aufgabe allerdings nicht mehr vollständig nachkommen.

Eine anstehende Verrentungswelle, marode Schleusen und Wehre, Schleusenschließungen aufgrund von Personalmangel, schlechtere Bezahlung für Schleusenwärter durch formale Tricks, steigende und vielfältiger werdende Aufgaben, aber auf der anderen Seite noch immer hoch motivierte Beschäftigte, vom Auszubildenden bis zum Amtsleiter – meine Besuche bei Außenstellen des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Berlin in Grünau, Klein Machnow und zuletzt Erkner haben mich noch einmal in meiner Auffassung bestätigt, wie viel es zu tun gibt an Deutschlands Bundeswasserstraßen und in der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung.

Wir müssen uns anstrengen, dass jungen Menschen nach ihrem Abschluss bei der WSV bleiben wollen und können. Bisher erhielten sie nur eine Zusage auf zweijährige Übernahme, lediglich die Jahrgangsbesten erhielten dann Angebote zur unbefristeten Übernahme. Der neue Verkehrsminister Andreas Scheuer möchte das ändern und hat die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt aufgefordert, in Zukunft allen Auszubildenden ein Übernahmeangebot zu machen. Das wäre ein Ende der Befristungspolitik und ein Lösungsweg für die Nachwuchssorgen in der WSV. Und wir geben jungen Menschen eine langfristige berufliche Perspektive, die ihnen auch mehr Sicherheit bei der privaten (Familien-)Planung gibt.

Eine solche Initiative hätten aus meiner Sicht schon seine Vorgänger Peter

Ramsauer und Alexander Dobrindt starten müssen. Trotzdem finde ich den Vorstoß von Minister Scheuer wirklich gut. Denn bisher verlassen viele der Berufseinsteiger die Verwaltung nach der Ausbildung oder in der zweijährigen Übernahmzeit, weil sie anderswo ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis angeboten bekommen

besondere da, wo es brennt, schnell handeln zu können. Das ist ein wichtiger erster Schritt, in den kommenden drei Jahren müssen wir aber am Ball bleiben und die WSV weiter deutlich personell verstärken. Natürlich hoffe ich – trotz des dritten bayerischen Verkehrsministers in Folge – auf ein konstruktives Verkehrsministerium.



Mathias Stein im Gespräch mit Wasserbauern beim Besuch des Berufsbildungszentrums Kleinmachnow
Foto: Pamela Eichmann

oder auch, weil ihnen in der WSV keine Perspektive nach der Ausbildung angeboten wurde. Jetzt ist die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt gefordert, die Vorgaben des eigenen Ministers auch wirklich und vor allem zeitnah umzusetzen.

Bereits Ende April hatte ich mit den weiteren Berichterstattern der Koalition das Bundesfinanzministerium gebeten, neue Stellen bei der WSV möglich zu machen. Ergebnis auch meiner Bemühungen ist, dass wir als Parlamentarier zusammen mit dem Finanzministerium nicht nur die 34,5 notwendigen Stellen für das Gesamtkonzept Elbe (auch hier ist die WSV zuständig) sondern insgesamt über 100 neue Stellen für die Bereiche Erhalt, Aus- und Neubau bereits für den Haushalt 2018 beschließen konnten. Die WSV erhält dadurch notwendige Stellen, um ins-

Denn selbst wenn wir als Bund neue Stellen schaffen, braucht die Managementebene der WSV mit durchschnittlich neun Monaten deutlich zu lange, um diese auch tatsächlich zu besetzen. Im Juni habe ich deswegen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer schriftlich aufgefordert, sich für ein schlankeres, transparenteres und schnelleres Stellenbesetzungsverfahren einzusetzen. Das wird eine der zentralen Herausforderungen in den nächsten Monaten werden.

Mein Ziel für die WSV bleibt eine zukunftsfähige Verwaltung, die den Beschäftigten als attraktiver Arbeitgeber echte Perspektiven bietet und in den nächsten Jahren Stück für Stück in die Lage versetzt wird, den enormen Sauerstoffstau auf unseren Wasserstraßen aufzulösen. (MS)

Hardware-Nachrüstungen für Diesel-Pkw müssen kommen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Mathias Stein ist am 22. Juni mit Vertretern aus dem Kfz-Gewerbe zusammengekommen, um sich mit ihnen über den „Diesel-Skandal“ auszutauschen. Zwei Stunden lang diskutierte der Verkehrspolitiker mit dem Geschäftsführer des Kfz-Landesverbands Jan-Nikolas Sonntag sowie Hans Wilhelm Hansen, Obermeister der Kfz-Innung Kiel-Neumünster, in der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Mettenhof.

„Als Kieler Abgeordneter im Verkehrsausschuss ist die Dieselproblematik eines der Themen, die mich gerade besonders umtreiben. Dieselfahrverbote, wie sie am Theodor-

Heuss-Ring drohen, müssen verhindert werden“, so Stein.

Bei dem Gespräch ging es vor allem um die Möglichkeit der Hardware-Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit hohem Schadstoffausstoß. Obermeister Hansen schilderte, dass die Nachrüstung zu einer Reduzierung von Stickoxiden im Umfang von 70 bis 80 Prozent führe. Der Kostenaufwand liege bei 1.500 bis 3.000 Euro pro Fahrzeug und würde sinken, sobald Nachrüstungen in Massenproduktion durchgeführt würden. Sonntag führte aus, dass er gerade in Kiel kurzfristig keine sinnvolle Alternative dazu sehe, Dieselfahrzeuge nachzurüsten, wenn

es darum gehe, die Luftqualität zu verbessern und Fahrverbote gleichzeitig zu vermeiden.

Mathias Stein dazu: „Ich stimme dem Kfz-Gewerbe zu, dass Diesel-PKW mit hohem Stickoxid-Ausstoß nachgerüstet werden müssen. Für uns als SPD-Fraktion ist dabei aber klar: Die Kosten dafür dürfen nicht beim Verbraucher hängen bleiben. Die Automobilindustrie darf hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.“ Der CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer müsse endlich seine Verweigerungshaltung aufgeben und die Automobilindustrie in die Pflicht nehmen.

Die Luft am Theodor-Heuss-Ring in Theorie und Praxis



Mathias Stein mit Vertretern der AWO, des NABU und der SPD bei der Gartenaktion

Foto: Tabea Philipp

Der 1. Juni stand ganz im Zeichen des Theodor-Heuss Rings und der hohen Schadstoffbelastung dort. Vormittags habe ich mich mit Peter Bender, dem Leiter des Tiefbauamtes Kiel, getroffen. Er hat mir verdeutlicht, dass es sich um 200 Meter auf einer Straßenseite handelt, wo die Stickstoffdioxid-Grenzwerte überschritten sind. Wir sprachen unter anderem über mögliche Konzepte zur Verringerung des Fahrtaufkommens am Theodor-Heuss

Rings und die sehr begrenzten Umleitungsmöglichkeiten.

Danach ging es für mich zum AWO-Servicehaus Lübscher Baum in unmittelbarer Nähe zu genau diesen 200 Metern des Theodor-Heuss-Rings. Hier fand eine Gärtneraktion der SPD, der AWO und des NABU statt. Im Garten des Servicehauses soll ein ökologisch wertvoller Nachbarschaftstreffpunkt entstehen. Ich sprach mit der Leitung und den Menschen, die dort leben.

Eine Emissionsschutzwand können sie sich hier nur schwer vorstellen. Die Idee, den Stadtteil stärker zu begrünen, finde ich toll, auch wenn es das Problem mit der Schadstoffbelastung natürlich noch nicht löst. Hier ist die Politik auf allen Ebenen gefordert dafür zu sorgen, dass auch Menschen, die mitten in der Stadt an großen Straßen leben, saubere Luft atmen. Als Verkehrspolitiker werde ich mich hierfür in Berlin weiter einsetzen. (MS)

Unterwegs im Wahlkreis: aktiv für Kiel und die SPD

Wenn ich in Kiel bin, nehme ich mir vor allem die Zeit, mit ganz unterschiedlichen Personen und Interessenvertretern in Ruhe zu sprechen. Ich weiß, dass das Thema Sicherheit viele Menschen bewegt und war am 3. Mai beim 4. Polizeirevier in Gaarden und am 9. Mai bei der Bundespolizei. Ich habe erfahren, was aus ihrer Sicht gut und was weniger gut läuft und was sie von der Politik erwarten. Außerdem habe ich mich am 1.6. mit der BUND-Mobilitätsbeauftragten Kirsten Kock getroffen und mit ihr über das Thema Radverkehr gesprochen.

Am 4. Mai hatte ich gleich zwei interessante Termine beim RBZ Technik: Ich habe mich erst mit Lehrern und Schülern der Technikerklasse Elektromobilität ausgetauscht und dann mit einer anderen Klasse über das Thema Europa diskutiert. Am 19.6. waren die Großen dran: Da war ich auf dem Podium bei einer Uni-Vorlesung.

Dieses Jahr hatte ich Glück: Während der Kieler Woche fanden keine Sitzungen des Bundestages statt, so dass ich



Mathias Stein bei „my Boo“-Bambusfahrräder mit Gründer und Geschäftsführer Maximilian Schay
Foto: Paul Stamp

viele Termine im Wahlkreis wahrnehmen konnte. Ich war am 20.6. mit dem Paritätischen Schleswig-Holstein auf der Thor Heyerdahl und konnte mir die Windjammerparade am 23.6. vom Marinestützpunkt aus anschauen. Ein Muss war das DGB-Kieler-Wochen-Gespräch am 19.6. Besonders viel Spaß hat der Besuch mit den Jusos auf

dem woderkant-Festival gemacht.

Sehr gefreut habe ich mich, dass ich im Mai bei den Jahreshauptversammlungen des Ortsvereins Kiel Süd und der Kieler Jusos teilnehmen konnte. Außerdem war ich von der regen Beteiligung an der Ortsvereins- und AG-Vorsitzendenrunde begeistert, zu der ich am 26. Mai eingeladen hatte. (MS)



Zwei Aktionen, die ich von ganzem Herzen unterstütze: Am 9. Juni habe ich meine Runden beim 2. Mut-Lauf für die Entstigmatisierung von Menschen mit Depressionen und anderen seelischen Erkrankungen gedreht. Am 18. Juni hat der Kinder-Lebens-Lauf Station in Kiel gemacht — eine Rundtour durch Deutschland, die auf die Kinderhospizarbeit aufmerksam macht.
Foto: Julia Bousboa

Im Herzen der Hauptstadt — eine Gruppe aus Kiel auf BPA-Fahrt



Im Mai besuchten 50 Kielerinnen und Kieler auf Einladung von Mathias Stein den Deutschen Bundestag und die Hauptstadt Berlin. Alle Abgeordneten hat die Möglichkeit, dreimal im Jahr Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Wahlkreis zu einer dreitägigen, kostenlosen Informationsreise einzuladen. Wer Interesse an einer Teilnahme hat, meldet sich bitte unter Angabe der Kontaktdaten im Kieler Bürgerbüro. Neben einem Gespräch mit ihrem Abgeordneten und dem Besuch einer Plenarsitzung führte das Programm auch an weitere interessante Orte wie in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock und zum Willy-Brandt-Haus, in dem sich alle mit Willy Brandt fotografieren lassen konnten.

Foto: Christoph Beeck

Hinter den Kulissen der Bundespolitik in Berlin

Der Kieler Student der Politikwissenschaft Laurenz Lindenau war der erste Praktikant im Abgeordnetenbüro von Mathias Stein. Dies ist sein Bericht:

Den politischen Betrieb in der Praxis zu erleben, ist noch einmal etwas ganz Anderes, als in Lehrbüchern darüber zu lesen. Während meiner ersten Woche in Kiel habe ich bereits die Möglichkeit erhalten, viele spannende Einblicke in den politischen Alltag zu bekommen. So begleitete ich Mathias Stein bei seinem Ortstermin an der Schleuse in Holtenau, der sich dort ein Bild vom Havarieschaden machte und sich die geplanten Maßnahmen erläutern ließ. Mir hat das vor allem gezeigt, wie wichtig Investitionen in den Kanal und die weitere Infrastruktur sind, damit flexibel und schnell auf Ausfälle reagiert werden kann. Der stetige und intensive Austausch mit Bürgern war das, was mir während

meiner Tätigkeit in Kiel am meisten Freude bereitet hat. Hier habe ich viel über aktuelle Projekte, Anliegen, aber auch Sorgen und lobende Worte von den Bürgerinnen und Bürgern erfahren. Die Zeit in Berlin jedoch war eine gänzlich andere. Gespräche mit den Bürgern finden hier relativ wenig statt. Stattdessen wird Politik für den Bürger gemacht. Besonders reizvoll war es deshalb für mich, mitzuerleben, wie diese Politik gemacht wird und wie viel Aufwand hinter den Kulissen betrieben wird.

Der Arbeitsalltag in Berlin besteht für den Abgeordneten hauptsächlich darin, Plenar- und Ausschuss-, und Arbeitsgruppensitzungen zu besuchen und viele Fachtermine und Gespräche mit Interessenvertretern und Fachexperten zu seinen Berichterstattungsthemen zu führen. Daneben muss der Abgeordnete sich natürlich gründlich

auf aktuelle politische Termine vorbereiten. Bei vielen dieser Termine war ich als stiller Beobachter dabei und erstellte u.a. Protokolle oder Memos zu den Treffen. Besonders spannend war es zudem für mich, mehr über das Arbeitsbild des wissenschaftlichen Mitarbeiters zu erfahren. Rechercheaufträge und Pressemitteilungen schreiben gehören hier zum Tagesgeschäft. Auch dazu habe ich während des Praktikums aktiv beigetragen.

Norbert Blüm sagte einmal: „Wer in der Regierung sitzt, muss Brände sofort löschen. Die Opposition kann über die Verbesserung der Feuerwehr in Ruhe nachdenken.“ Nach meinem Praktikum weiß ich nun, dass ich diesem Zitat nicht zustimme. Als Abgeordneter muss man nämlich während man Brände löscht, darüber nachdenken, wie man die Feuerwehr verbessert.

Laurenz Lindenau